

Dr. Helen Fürst

Präsidentin Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Rede zur Jahrespressekonferenz am 22. Februar 2023

Es gilt das gesprochene Wort!

Redetext im Web verfügbar unter
www.gkv.de

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Fachmedien, sehr geehrte Damen und Herren,
es ist mir eine Freude, Sie zur traditionellen Jahrespressekonferenz des GKV am Aschermittwoch
hier in Frankfurt am Main begrüßen zu dürfen.

Wir wollen auch in diesem Jahr eine Bilanz der Wirtschaftsentwicklung des vergangenen Jahres
2022 für die Kunststoff verarbeitende Industrie ein Deutschland ziehen und einen Ausblick auf
2023 wagen. Neben den Daten der amtlichen Statistik einschließlich Analysen und
Berechnungen der Verbände stützen sich unsere Betrachtungen auch auf die jährliche
Befragung des GKV unter den Mitgliedsunternehmen. Das ist uns ganz wichtig. Dieses
„Branchenbarometer“ liefert uns wertvolle Erkenntnisse zum Geschäftsklima sowie zu
Erwartungen und Strategien der Unternehmen.

Das zurückliegende Jahr 2022 war erneut von vielen unerwarteten Entwicklungen geprägt. Das
galt insbesondere für den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit seinen auch hierzulande
spürbaren Folgen: Wachsender Inflation sowie drastischen Preisentwicklungen für Strom und
Gas.

Die GKV -Trägerverbände:



Industrievereinigung
Verstärkte Kunststoffe e. V.



Fachverband Schaumkunststoffe
und Polyurethane e. V.



IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e. V.



Industrieverband Halbzeuge und
Konsumprodukte aus Kunststoff e. V.

Die Kunststoff verarbeitende Industrie in Deutschland verzeichnete im Jahr 2022 ein Umsatzwachstum von mehr als 12 Prozent. Das entspricht der Umsatzentwicklung des Vorjahres. Unsere Branche erreichte 2022 einen Jahresumsatz von mehr als 78 Mrd. Euro.

Ein erheblicher Teil dieser Umsatzsteigerung war allerdings auch im Jahr 2022 auf Kostensteigerungen zurückzuführen, allen voran bei der Energie. Insgesamt ging die Menge der verarbeiteten Kunststoffe im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück auf 13,6 Mio. Tonnen. Die Verarbeitung von Kunststoffzyklen nimmt hingegen weiter zu. Maßgeblich für den Rückgang der Verarbeitungsmenge waren die ungünstigen Konjunkturbedingungen in der Chemie- und Fahrzeugindustrie und der Rückgang der Nachfrage nach Fast Moving Consumer Goods. Darüber hinaus wirkte sich ein Rückgang bei der energetischen Sanierung des Wohngebäudebestandes auf die Nachfrage nach Bauprodukten aus, der insbesondere mit Blick auf den Klimabeitrag des Gebäudesektors bedenklich ist.

Das Jahr 2022 war für viele Unternehmen unserer Branche, was den Umsatz anbelangt, kein schlechtes Jahr. Dies zeigt auch die Umfrage des GKV unter den Mitgliedsunternehmen. 75 Prozent der Unternehmen verzeichneten 2022 ein Umsatzwachstum. Gleichwohl weisen die Umfrageergebnisse darauf hin, dass es den Unternehmen nur teilweise gelingt, die gestiegenen Umsätze in bessere Betriebsergebnisse umzusetzen: Eine Mehrheit der Unternehmen von 42 Prozent verzeichnete gegenüber dem Vorjahr ein gleichbleibendes Betriebsergebnis, 23 Prozent sogar ein schlechteres Ergebnis als 2021.

Am deutlichsten fiel die Umsatzentwicklung in der Kunststoffverpackungsbranche mit einem Wachstum um 14,91 Prozent aus, gefolgt von den Herstellern von Bauprodukten mit 12,27 Prozent und den technischen Anwendungen mit 11,87 Prozent. Schlusslicht bilden die Hersteller von Konsumprodukten mit einem Umsatz-Plus von 11,46 Prozent.

Nach Auskunft des pro-K Industrieverband Halbzeuge und Konsumprodukte aus Kunststoff können die Unternehmen aus den Bereichen langlebige Kunststoffprodukte und Mehrwegsysteme aus Kunststoff auf ein gutes Jahr 2022 zurückblicken.

Trotz Engpässen bei der Materialversorgung, deutlichen Preissteigerungen bei Rohstoffen sowie für Strom und Gas haben sich die Unternehmen gut und robust behaupten können. Auch für das Jahr 2023 bleiben die Unternehmen zuversichtlich und optimistisch. Allerdings wurden aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen wie Ukraine-Krieg, Inflation, Konsumzurückhaltung, Lieferkettenproblematik die Erwartungen auf eine mindestens seitwärts gerichteter Entwicklung angepasst. Speziell gedämpfter sieht die Entwicklung im Bau und

baunahen Bereich aus. Hier wird aller Voraussicht nach das gute Vorjahresniveau nicht mehr erreicht. Trotz der Mangellage bei Wohnraum und einer nach wie vor riesigen, zur Sanierung anstehenden Gebäudesubstanz, dämpfen der Material- und Fachkräftemangel sowie die Kostenexplosion bei allen Materialien rund um den Bau sowie steigende Bauzinsen die Entwicklung überdeutlich.

Nicht nur die Baubranche, auch die Composites-Industrie war in den vergangenen Jahren von starken negativen Einflüssen betroffen, so die AVK Industrievereinigung Verstärkte Kunststoffe. Zentrale Herausforderungen, wie beispielsweise die Corona-Pandemie, der Halbleitermangel, Probleme in den Logistikketten und ein starker Anstieg der Rohstoffpreise haben das europäische – und auch das deutsche - Produktionsvolumen in den Jahren 2019/2020 um 20 Prozent einbrechen lassen. Durch eine sehr starke Marktentwicklung in 2021 konnte dieses Niveau bereits fast wieder erreicht werden. Für 2022 zeigen ersten Marktdaten eine weiterhin starke Entwicklung, vor allem in den ersten drei Quartalen. Als Wachstumstreiber zeigen sich für die die Composites-Industrie derzeit vor allem der Windenergiebereich, sowie thermoplastische Anwendungen im Transportsektor. Die strukturellen Änderungen im Mobilitätsbereich eröffnen Composites vielfach die Möglichkeit auch in neuen Anwendungen Fuß zu fassen. Große Möglichkeiten bieten auch der Bau- und Infrastrukturbereich sowie der Bereich Elektronik und Elektrik. Vor allem hier zeigen sich deutliche Mehrwerte beim Einsatz von Composites über den Leichtbau hinaus, beispielsweise vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte, Industrie 4.0 und Smart Cities. Composites befinden sich seit vielen Jahrzehnten im industriellen Serien-Einsatz und dennoch zeigt sich auch für die Zukunft ein enormes Potenzial, sich weitere Anwendungsfelder zu erschließen.

Kommen wir zur Kunststoffverpackungsindustrie. Die Umsatzerwartungen waren im vergangenen Jahr auf historischem Tiefstand. Jetzt geben die jüngsten Einschätzungen der IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen Anlass zur Hoffnung.

Der Abwärtstrend ist gestoppt, sowohl die allgemeine Wirtschaftslage als auch die Umsatzerwartungen werden derzeit nicht mehr ganz so düster gesehen wie noch im Herbst 2022. Insbesondere ab dem zweiten Quartal 2023, wenn die Kunden ihre während der Zeit der Rohstoffengpässe aufgestockten Lager wieder reduzieren, werden stärkere Wachstumsimpulse erwartet.

Die Energiekosten bleiben die größte Herausforderung für die Branche 2023. Die Erwartungen beim Ertrag sind weiterhin mehrheitlich negativ. Der Ausblick auf die allgemeine

Wirtschaftsentwicklung ist dagegen deutlich positiver als im Vorquartal: Zwei von drei Unternehmen schätzen die momentane Lage als befriedigend ein, im Vorquartal war nur jedes zweite Unternehmen dieser Meinung.

Für die Verarbeiter von Polyurethanen und Schaumkunststoffen herrschte im vergangenen Jahr eine ungebrochen hohe Auftragslage, so der FSK Fachverband Schaumkunststoffe und Polyurethane. Wider Erwarten konnten die Unternehmen ihre Umsätze halten oder steigern. Trotz etlicher Widrigkeiten – die sich auch im nächsten Jahr fortsetzen werden – war die Stimmung und Zuversicht in den Unternehmen trotzdem positiv. Das erste Quartal 2022 zeigt sich in Ertrag und Gewinn robust und stark. Das zweite Quartal war durchweg von Unsicherheit und Problemen wegen des Ukrainekriegs geprägt. Mangelnde Planbarkeit in Rohstoffen, Energiekrise durch Gasverknappung und Transportkapazitäten durch fehlende LKW-Fahrer. Das gesamte erste Halbjahr 2022 wurde durch hohe Kosten und sinkende Erträge bestimmt. Aus Asien kam dann im dritten Quartal 2022 starke Konkurrenz auf den europäischen Markt, welche durch die dortige Kostenstruktur gefördert wurde. Etliche Grundstoffhersteller bedienten sich der dieser Vorteile in Energie und Kosten.

Die Mitgliedsunternehmen des FSK, die die Baubranche beliefern, haben in den letzten fünf Jahren eine Sonderkonjunktur erlebt. Hier hat sich bereits im letzten Jahr die Tendenz gezeigt, dass sich die hohe Auftragslage und die hohen Erwartungen, die enorm auf das Preisgefüge gewirkt hatten, wieder auf ein Normalmaß einpendeln und z.T. schon wieder die Lage von vor 3 Jahren erreichen. Die Belastung durch die Energiekosten und die steigende Zinsentwicklung waren hier wichtige Faktoren.

Große Probleme hat im letzten Jahr, wie auch schon im Jahr davor, die Verfügbarkeit der Rohstoffe bereitet. Insbesondere im Bereich Polyurethane war die Nachfrage ungebrochen, die Auftragslage hoch, aber es gab einen Fehlbedarf an Ausgangsstoffen von etwa 15 Prozent Grundstoffen. Knappheit war im letzten Jahr auch im Bereich der Dämmung und der Folien zu spüren.

Die energieintensiven Teile der Polyurethan- und Schaumkunststoffbranche und die Bereiche, die von bestimmten, knappen Rohstoffen (z.B. Phosphor) abhängig sind, standen im letzten Jahr besonders unter Druck. Aufgrund der Schwierigkeiten in der Lieferkette insbesondere derzeit Lieferungen aus China, aber auch der weitreichenden Regulierungen im Bereich der Stoffe und Chemikalien auf nationaler und europäischer Ebene, stehen die Unternehmen administrativ und auch im Bereich Forschung und Entwicklung unter hohem Druck. Für den FSK Fachverband

Schaumkunststoffe und Polyurethane sind hier insbesondere Diisocyanate und Melamin zu erwähnen. Melamin wurde zum SVHC-Stoff erklärt, Diisocyanate dürfen nur unter der Voraussetzung einer entsprechenden Schulung verwendet und in Verkehr gebracht werden. Hier unterstützen wir die Branche mit den Trainings des FSK in diesem Bereich bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht. Die Belastungen des letzten Jahres bestehen nach Einschätzung des FSK auch bis in das nächste Jahr weiter. Gerade im Bereich Bau, Polstermöbel und Matratze erwartet der Fachverband daher eine rückläufige Tendenz. Die hohen Kosten sind in Form von enormen Preissteigerungen bei den Endverbrauchern angekommen. Immer häufiger werden Bauvorhaben von Privatpersonen aufgrund der Mehrkosten und/oder mangels Finanzierungsmöglichkeiten seitens der Banken eingestellt. Trotz dieser Widrigkeiten erwartet der Verband FSK auch im Jahr, dass sich die Branche dank der starken Produktpalette und ihrer Innovationskraft auch im diesem Jahr auf einem insgesamt hohen Niveau halten kann und die Auftragslage – wenn vielleicht etwas rückläufig – nicht abreißt.

Der Außenhandel trug, wie bereits in den Vorjahren, in einem überdurchschnittlichen Maße zum Umsatzwachstum bei. Mehr als ein Drittel der befragten Mitgliedsunternehmen verzeichnete wachsende Exporte und auch für das Jahr 2023 rechnet die Mehrzahl der Unternehmen mit stabilen oder wachsenden Umsätzen mit dem Ausland. Dabei sind für mehr als 80 Prozent der Kunststoffverarbeiter die übrigen EU-Länder die wichtigsten Auslandsmärkte.

Kommen wir zum Investitionsklima: Allen widrigen Rahmenbedingungen zum Trotz bleibt das Investitionsklima in der Kunststoff verarbeitenden Industrie im Jahr 2023 weiter positiv. Eine überwiegende Zahl der befragten Mitgliedsunternehmen plant Investitionen in gleichem oder sogar größerem Umfang wie 2022. Investitionsbedarf besteht insbesondere bei der Verbesserung der Energieeffizienz, beim Klimaschutz und bei der Modernisierung der Produktionsanlagen. Die Unternehmen der Branche nehmen insbesondere den Umbau der Energiewirtschaft von fossilen auf erneuerbare Systeme sehr ernst und investieren kräftig. Die Geschwindigkeit des Umbaus könnte noch viel schneller von statten gehen, wenn dem nicht eine hochkomplexe Bürokratie im Wege stehen würde.

Trotz der bisher noch großen Investitionsbereitschaft dürfen diejenigen Faktoren nicht unbeachtet bleiben, die sich bremsend auf die Investitionen der Unternehmen auswirken. Dazu zählen mit weitem Abstand die hohen Energiepreise. Aber auch die Unsicherheit bezüglich zukünftiger Marktentwicklungen, beispielsweise aufgrund von Trends zu anderen Materialien, und die Unsicherheit hinsichtlich der Anforderungen des Gesetzgebers an Kunststoffprodukte wirken sich aktuell auf die Investitionsneigung der Unternehmen aus. Im Unterschied zum

Vorjahr sind die Preise und Verfügbarkeit von Polymeren und die Fracht- und Logistikkosten zu Beginn des Jahres 2023 in den Augen der Unternehmen weniger relevant als im Jahr zuvor. Eine Mehrheit der befragten Branchenunternehmen beurteilt die Rohstoffversorgung 2022 mit gut oder befriedigend. Auch für das noch junge Jahr 2023 rechnet eine Mehrheit der Unternehmen mit einer unveränderten Rohstoffversorgung. Spezialitäten wie EVOH oder auch PA bleiben dagegen knapp und teuer. Die meisten Unternehmen rechnen damit, dass es hier keine Veränderungen gibt. Leider werden die gesunkenen Rohstoffpreise vielfach durch die hohen Energiepreise überkompensiert.

Die Kunststoffindustrie macht erkennbar deutliche Fortschritte bei der Transformation in Richtung Kreislaufwirtschaft. Im vergangenen Jahr hatten wir Ihnen die gemeinsamen Gestaltungsvorschläge der Kunststoffindustrie zu einer Kreislaufwirtschaft mit Kunststoffen vorgestellt. Der Einsatz von Kunststoffzyklen in Produkten nahm auch 2022 weiter zu. Und auch 2023 plant die Mehrzahl der befragten Mitgliedsunternehmen eine größere Menge Kunststoffzyklen einzusetzen als im Vorjahr. Dieses Stimmungsbild macht uns zuversichtlich, dass unser Industriezweig auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit gut vorankommt. Im Rahmen der im Jahr 2021 gegründeten Kommunikationsoffensive der Wertschöpfungskette Kunststoff „Wir sind Kunststoff“ wurde das Informationsangebot der Informationsplattform Dein-Kunststoff und in den Sozialen Netzwerken auch im Jahr 2022 weiter deutlich ausgebaut. Sehr gute Resonanz fand die gemeinsame Pressekonferenz und Präsenz von „Wir sind Kunststoff“ im Rahmen der Weltleitmesse der Kunststoffindustrie K' 2022 im Oktober des vergangenen Jahres in Düsseldorf, die unter dem Leitthema Circular Economy stattfand. Die Partnerverbände von „Wir sind Kunststoff“, PlasticsEurope, VDMA und GKV, begleiten die Transformation der Kunststoffindustrie zur Kreislaufwirtschaft weiter kommunikativ und auch verstärkt mit gemeinsamen politischen Positionen und Statements. Hierfür danke ich unseren Partnern an dieser Stelle herzlich.

Kommen wir zu einem weiteren wichtigen Thema: Der Personalbestand der Unternehmen der Kunststoff verarbeitenden Industrie verzeichnete 2022 gegenüber dem Vorjahr einen leichten Zuwachs. Auch für 2023 planen die Unternehmen zusätzliche Einstellungen. Das Angebot an Fachkräften und Auszubildenden ist gleichwohl knapper denn je: 87 Prozent der befragten Mitgliedsunternehmen verzeichnen einen Mangel an Fachkräften und/oder Auszubildenden. Es fehlt nach wie vor am größten bei ausgebildeten Kunststofftechnikern und Kunststoff-Verfahrensmechanikern sowie bei Auszubildenden im technischen Bereich. Die Kunststoff verarbeitende Industrie könnte in der technischen Berufsausbildung gut zweimal so viele Ausbildungsplätze besetzt werden, wie es aktuell der Fall ist.

Trotz der etwas schwieriger werdenden Rahmenbedingungen ist und bleibt der Fachkräftebedarf, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, sehr hoch und bildet weiterhin die Achillesverse der Branche. Forderungen nach einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit werden immer lauter formuliert. Insofern ist die erfolgte Neuordnung des bisherigen einzigen Ausbildungsberufs der Branche, dem Verfahrensmechaniker für Kunststoff- und Kautschuktechnik, ein mehr als wichtiger Schritt. Inhaltlich hinsichtlich Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit auf den neuesten Stand gebracht, um spezielle Zusatzqualifikationen wie Digitaldruck erweitert, präsentiert sich das Ausbildungsberufsbild zum Ausbildungsstart im Sommer mit einem neuen Namen als Kunststoff- und Kautschuktechnologie. Aktualisierte Inhalte und ein neuer Name sind aber noch nicht der Garant für mehr Auszubildende. Hierzu bedarf es mehr. Die Fachkräftesuche wird zur Marketingaufgabe in den Unternehmen. An dieser Stelle ist die Exzellenzinitiative für die Berufsausbildung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Stark-Watzinger, positiv hervorzuheben, denn die Informationen zur Berufsausbildung müssen auch in die Gymnasien getragen werden.

Wie bereits eingangs erwähnt, kämpft die überwiegende Mehrheit der Kunststoffverarbeiter mit den 2022 drastisch gestiegenen Stromkosten. Abhängig von Laufzeiten der Lieferverträge und der gewählten Beschaffungsstrategie mag sich das Ausmaß der Kostensteigerung von Unternehmen zu Unternehmen zwar unterscheiden, im Durchschnitt unserer befragten Mitgliedsunternehmen betrug die Stromkostensteigerung 2022 90 Prozent. Eine Zahl, die das Ausmaß der Verwerfungen bei den Strompreisen, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2022 deutlich vor Augen führt. Für das Jahr 2023 erwartet die Mehrheit unserer befragten Mitgliedsunternehmen nochmals eine weitere Steigerung der Stromkosten.

Auch wenn die Strompreise zu Beginn des neuen Jahres kurzfristig leicht zurückzugehen scheinen, ist das kein Grund zur Entwarnung – im Gegenteil: Die drastischen Preissprünge für Strom und Gas haben weitreichende Folgen: Das Industrieland Deutschland gerät immer mehr ins Hintertreffen. Die im Januar bekannt gemachten Ergebnisse eines Standortrankings des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), demzufolge Deutschland auf der Rangliste attraktiver Wirtschaftsstandorte auf Platz 18 unter 21 verglichenen Ländern abgerutscht ist, sind alarmierend. Zur gleichen Zeit, zielen die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrem neuen US Inflation Reduction Act (IRA) auf die Begünstigung nachhaltiger Investitionen und die Ansiedlung nachhaltiger Industrieproduktion. Europa hat hierauf bisher keine Antwort.

Das so genannte „neue Normal“ bei den Energiepreisen in Deutschland liegt weit über dem, was unsere internationalen Wettbewerber für Energie bezahlen und was deutsche Industrieunternehmen am Markt erwirtschaften können. Deutschland war und bleibt Spitzenreiter bei den Strompreisen in Europa. Gas ist in Deutschland fünfmal so teuer wie in den USA. Und auch die vom Bundesgesetzgeber hastig zusammengeschusterten so genannten Preisbremsen für Strom und Gas erweisen sich als Flickwerk, das den meisten mittelständischen Industrieunternehmen nicht hilft. Da die Entlastungen unter Vorbehalt geleistet werden, müssten die Unternehmen Rückstellungen bilden für eine mögliche Rückzahlung staatlicher Hilfen. Das schreckt viele ab, vor allem Mittelständler. Es besteht hier neben einem neuen wirtschaftlichen Risiko so viel Verunsicherung und enormer bürokratischer Aufwand, für den die Unternehmen sich für viel Geld externen Sachverstand einkaufen müssen.

Das war viel Information. Ich möchte für Sie nochmals die wichtigsten Punkte zusammenfassen.

Für uns ist klar:

- 1.) Wir brauchen schnell und zuverlässig ausreichend grüne Energie zu bezahlbaren Preisen.
- 2.) So lange wir diese nicht haben, brauchen wir eine Energiepolitik, die dafür sorgt, dass unsere Unternehmen noch im Industrieland Deutschland produzieren können.

Jetzt ist ein Handeln der Politik dringend geboten: Die Bundesregierung muss die derzeitigen Energiepreisbremsen, die in der jetzt vorliegenden Form vielen Unternehmen nicht helfen, nachbessern. Dafür muss die Bundesregierung zügig in Verhandlungen mit Brüssel eintreten, um Änderungen am Beihilferecht zu erwirken.

Die Bundesregierung muss jetzt handeln, und die mittelständische Industrie kurzfristig spürbar entlasten: Die Netzentgelte stellen einen erheblichen Teil der Strom- und Gaskosten der Unternehmen dar. Da die Netze als natürliche Monopole ohnehin stark reguliert sind, wäre eine Übernahme der Netzentgelte durch den Bundeshaushalt relativ einfach umzusetzen. Bereits im Zuge der Energiekostenentlastungen Ende 2022 hatte die Bundesregierung 13 Mrd. Euro zur Finanzierung der Netzentgelte bereitgestellt. Dieser Mechanismus könnte genutzt und ausgeweitet werden.

Die Strom- und Energiesteuersätze liegen in Deutschland zum Teil deutlich über den europäischen Mindestsätzen. Die Bundesregierung könnte die Steuersätze unproblematisch bis auf die Mindestsätze absenken und damit die Unternehmen erheblich entlasten. Außerdem

würden die Unternehmen dadurch von bürokratischen Entlastungsverfahren - wie dem sog. Spitzenausgleich - befreit.

Die rein nationale CO₂-Bepreisung durch den sog. Brennstoffemissionshandel belastet die Unternehmen im Wettbewerb erheblich. Sie ist als Lenkungsinstrument aber nicht mehr notwendig, da durch die Energiekrise in Folge des Ukraine-Kriegs die Marktpreise bereits um ein Mehrfaches angestiegen sind und die Unternehmen somit bereits einen erheblichen Druck zur Energieeinsparung haben. Die nationale CO₂-Bepreisung sollte daher zumindest so lange ausgesetzt werden, bis ein europäischer Emissionshandel auch für Kleinanlagen eingeführt ist. Mit diesen Maßnahmen wird es schrittweise gelingen, für mittelständische Industriebetriebe wieder wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen herzustellen.

Wir brauchen baldmöglichst einen Industriefahrplan für wettbewerbsfähige Energiepreise bis wir ausreichend bezahlbare erneuerbare Energien auf dem Markt haben. Wir brauchen einen dauerhaft verlässlichen Industriepreis für Strom und Gas, der Industrieproduktion in Deutschland wieder international wettbewerbsfähig macht.

Wir brauchen eine klare Antwort Europas auf den US Inflation Reduction Act: die europäische Industrie ist unter den jetzigen Bedingungen nicht mehr wettbewerbsfähig. Auch hier muss die EU-Kommission das Beihilfenrecht so ändern, dass Subventionen für Klimaschutzmaßnahmen möglich werden. Ob die Europäische Kommission den Ernst der Lage erkannt hat, daran haben wir bisher erhebliche Zweifel. Statt die Weichen für eine gute Zukunft unserer Industrie im europäischen Binnenmarkt zu stellen, agiert Europa einmal mehr enttäuschend. Die Verordnung der EU-Kommission zur Einstufung des Weißpigments Titandioxid als krebserregend erklärte der EuGH im November für nichtig, weil die Europäische Chemikalienagentur und die Europäische Kommission nicht alle Gesichtspunkte beachtet und daher eine nicht plausible Schlussfolgerung gezogen hatten. Aus dieser Watsche wurde offensichtlich nichts gelernt. Nun droht mit einem weitreichenden Verbot der Herstellung, der Verwendung und des Inverkehrbringens von Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) neuer Schaden für die Industrie in Europa. Von dem Verbot betroffen wären auch Fluorpolymere, klassifiziert durch die OECD als so genanntes Product of Low Concern und damit als sicherer Werkstoff. Sollte sich der neue Regulierungsvorschlag der Europäischen Chemikalienagentur ECHA durchsetzen, wären dringend benötigte Fluorpolymere für bedeutende industrielle Wertschöpfungsketten, darunter Mobilfunktechnik, Automobil, Intensivmedizin bis hin zu Flugzeug- und Rüstungsgütern in Europa nicht mehr verfügbar. Alternativwerkstoffe sind für die allermeisten Anwendungen nicht vorhanden. Der Schutz von Verbrauchern und der Umwelt ist

auch uns ein Anliegen aber blinder Aktionismus und immer neue Verbote sind keine vernünftige Lösung! Wir plädieren für eine Chemikalienpolitik, die auf wissenschaftlichen Fakten und sachlicher Risikobewertung basiert.

Angesichts des sehr dynamischen Umfelds fällt eine Prognose für das Jahr 2023 nicht leicht. Zwar scheint sich das wirtschaftliche Klima in Europa aufzuhellen und die Gefahr einer anhaltenden Rezession vorerst gebannt. Gleichwohl führt das anhaltende Kriegsgeschehen in der Ukraine zu Unsicherheit. Und auch die Debatte über die Standortbedingungen im Industrieland Deutschland lässt derzeit Fragen nach der Wettbewerbsfähigkeit offen. Die Umsatzerwartungen der Mitgliedsunternehmen für das Jahr 2023 fallen durchwachsen aus und deuten dementsprechend auf eine Seitwärtsbewegung hin. Das gilt auch für die Erwartungen an die Betriebsergebnisse der Unternehmen.

Die Zukunft vieler Kunststoff verarbeitender Unternehmen in Deutschland steht und fällt mit der Möglichkeit, Kosten an die Kunden weiterzugeben. In 2022 gelang das einer Mehrheit der Unternehmen zumindest noch teilweise. Angesichts der dramatischen Preissteigerungen bei Strom und Gas sind allerdings deutliche Zweifel angebracht, ob das auch in diesem Jahr gelingen wird. Wenn sich die Kostensituation 2023 nicht verbessert, so sind Konsequenzen unausweichlich. Für 54 Prozent der befragten Branchenunternehmen bedeutet das Arbeitsplatzabbau, für 50 Prozent Kurzarbeit und für 41 Prozent eine Verlagerung der Produktion ins Ausland.

Ich möchte an dieser Stelle vor den möglichen Folgen für den Standort Deutschland warnen: Unternehmen, die Deutschland einmal verlassen haben, werden nicht wiederkommen. Eine Abwanderung der mittelständischen Industrie hätte irreversible Folgen für die Wertschöpfung, die Arbeitsplätze und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Ich begrüße, dass Bundeswirtschaftsminister Habeck anlässlich einer Industriekonferenz im das Jahr 2023 zum Jahr der Industrie ausgerufen hat. Ich möchte, dass daraus ein JA zur Kunststoffindustrie wird! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!